Dieses Blatt wird den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Abend-Ausgabe** zugestellt, während es die Post-Abonnenten am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

53. Jahrgang. № 63. Donnerstag, 4. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2.10 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugesandt. Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis vorm. 11 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäftsanzeigen an der Privatstelle Zeile 20 Pf.; die spaltenlange Zeile a. Textseite 60 Pf. — An Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden aus Privatstelle 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

August Förster Flügel Pianinos Harmoniums

Fabrikate ersten Ranges. **August Förster** Königl. Hofpianofortefabrik Filiale: Dresden-A., Central-Theater-Passage.

Für eilige Leser.

König Friedrich August ist gestern früh vor Southampton angekommen und hat mittags die Reise fortgesetzt.

In der Richtung Freiberg–Dresden wurden gestern abend mehrere heftige Erdstöße verspürt.

Das Schatzamt arbeitet, wie verlautet, auf Verlangen der Subkommission eine neue Branntweinsteuervorlage aus; das von den Vertretern der Blockparteien vereinbarte Kompromiß droht ausschließlich am Freisinn zu scheitern, die Reform wird event. nunmehr von der Rechten, den Nationalliberalen und dem Zentrum durchgeführt werden müssen.

In Agram beginnt heute der großserbische Hochverratsprozeß.

Aus allen Teilen Tirols werden große Lawinenstürze gemeldet.

Die im Valsuganatal von einer Lawine verschüttete Militärpatrouille der Kaiserschützen ist unversehrt gerettet worden.

In einer Kohlengrube bei Griffeth in Pennsylvanien erfolgte eine Explosion schlagender Wetter.

Beim Brand eines Hauses in Newyork sind zehn Personen verbrannt.

Neueste Drahtmeldungen vom 3. März.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Von unserem eigenen Berichterstatter.) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, droht das von den Vertretern der Blockparteien vereinbarte Kompromiß ausschließlich am Freisinn zu scheitern. Die Konservativen haben dabei die größten Zugeständnisse zu machen und haben auch die ernstesten Bedenken dagegen. Nur aus der Not der Lage des Reiches heraus haben sie sich mit schwerem Herzen entschlossen, diese Bedenken jetzt zurückzustellen, um nicht am konservativen Widerstande das Werk scheitern zu lassen. Die Führer der Freisinnigen sollen fast alle gleichfalls für das Kompromiß gewirkt haben. Das Gros der freisinnigen Abgeordneten will aber nicht die Konsequenz auf sich nehmen, dann auch die indirekten Abgaben zu bewilligen. Sie wollen vor dem Volke beim nächsten Wahlkampfe als diejenigen dastehen, die allein von den bürgerlichen Parteien unpopuläre Steuern bekämpft hätten. Diese rein taktischen Wahlrücksichten sollen, wie durchgesickert ist, bisher den Ausschlag gegen das Kompromiß bei den Freisinnigen gegeben haben. Um der Sache ein Mäntelchen zu geben, stellen sie es so hin, als sei die auch von ihnen noch 1905 bekämpfte Deszendentensteuer, von der sie jetzt wissen, daß sie auf absehbare Zeit aussichtslos ist, eine conditio sine qua non ihrer Zustimmung, und zwar ohne gleichzeitig eine Garantie wegen Bewilligung von indirekten Abgaben übernehmen zu wollen. Diese Haltung der Freisinnigen wird in den Kreisen der anderen Blockparteien getadelt und als auch sehr unklug bezeichnet. Die Reform wird nunmehr ev. von der Rechten, den Nationalliberalen und dem Zentrum durchgeführt werden müssen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber das Steuerkompromiß, das von den vier Vertrauensmännern der Blockparteien entworfen worden ist, wird mitgeteilt: Es soll zunächst die durch die Besitzsteuer aufzubringende Summe vom 1. April 1911 bis 1. April 1916 auf höchstens 100 Millionen Mark begrenzt und dann in fünfjährigen Perioden jedesmal nur um 5 Prozent des bisherigen Bestandes erhöht werden dürfen. Sie würde also am 1. April 1926 auf 115,8 Mill. M. gesteigert werden können und diese bis Ende März 1931 nicht überschreiten dürfen. Das Reich wäre danach auch weiterhin auf den alleinigen Ausbau der indirekten Steuern und Zölle angewiesen. Jede Abänderung dieses Gesetzes, also auch jede weitere Steigerung des Gesamtertrages der Besitzsteuer, soll als Verfassungsänderung gelten, also nur dann Gesetz werden, wenn weniger als 14 Stimmen im Bundesrate dagegen abgegeben werden, so daß z. B. Preußen allein es stets in der Hand hätte, kein Veto gegen jede stärkere Heranziehung des Besitzes oder Einkommens zugunsten des Reiches einzulegen. Die Besitzsteuer soll nach dem Kompromiß ferner vom Besitz erhoben werden, wenn er nach Abzug der Schulden 20000 Mk. übersteigt, von Einkommen von 2000 Mark an, oder auch von Erbschaften, aber nur nach den Bestimmungen des Reichserbschaftsgesetzes, d. h. nicht von Kindern und Ehegatten, sondern nur von den entfernteren Verwandtschaftsgraden. Wo ein Bundesstaat keine Vermögens- oder Einkommensteuer besitzt, soll es zulässig sein, statt dessen auch Ertragssteuern von Grund- und Hausbesitz zu erheben. — Innerhalb der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft, die für dieses Kompromiß bisher nicht gewonnen werden konnte, wird gegen diese Vorschläge in der Hauptsache geltend gemacht, daß nicht die geringste Sicherung dafür geschaffen würde, daß auch wirklich der Besitz und namentlich der Großgrundbesitz zur Steuerleistung herangezogen werde. Sehr bedenklich müsse es auch erscheinen, dem Bundesrate und den Einzelregierungen die Macht zu geben, Steuern festzusetzen, die nicht von den parlamentarischen Körperschaften durch Gesetz bewilligt sind. Das widerstreite allen Verfassungsgrundsätzen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Heute abend tritt die linksliberale Fraktionsgemeinschaft zu einer erneuten Beratung zusammen. Da bis dahin die gestrige Lage unverändert ist, kann die heutige Sitzung der Finanzkommission naturgemäß noch zu keiner Entscheidung führen; ihre Verhandlungen können heute nur den Zweck haben, Zeit zu gewinnen. Nachdem gestern sowohl die Nachlaßsteuer der Regierung, wie die Reichsvermögenssteuer nach dem Antrage der Nationalliberalen erledigt war, dienten den heutigen Beratungen die Anträge Gamp (Reichsp.) und Herold (Zentr.) (veredelte Matrikularbeiträge) aus der vorigen Woche zur Unterlage. Der Sozialdemokrat Geyer verhöhnte den Block wegen des bisherigen Nichtzustandekommens eines Kompromisses, ebenso das Zentrum. Abgeordneter Dr. Weber forderte die Sozialdemokraten auf, nunmehr ihrerseits positive Anträge einzubringen. Aus dem Antrage Herold könne freilich eine Besitzsteuer nicht hervorgehen; zum mindesten müssen doch in seinem vierten Absatz genauere Angaben gemacht werden, denn wenn es da heißt: „Der von den einzelnen Bundesstaaten zu entrichtende Betrag ist auf Grund des in diesem vorhandenen Einkommens- und Vermögensbestandes festzustellen", so gehe es doch nicht an, daß beispielsweise in Sachsen schon das Einkommen von 500 Mark herangezogen wird. Ueber 5000 Mark läßt sich reden. Herr von Gamp wird über die einzelnen Punkte seines Antrages hoffentlich noch mit sich verhandeln lassen. § 6 seines Antrages wäre jedenfalls ein schwererer Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten als die Vermögenssteuer. So wie er vorliegt, ist der Antrag unannehmbar, denn 900 Mark Einkommen kann man unmöglich heranziehen. Bei einem Besitze von 30000 Mark müsse doch mindestens auch ein Einkommen von 1200 Mark nachgewiesen werden. Der bayrische Bundesratsbevollmächtigte Dr. v. Burkhard gab namens des bayrischen Finanzministers die Erklärung ab, daß die bayrische Regierung nach wie vor vom prinzipiellen und vom finanziellen Standpunkte aus ganz schwere Bedenken gegen die Anträge Gamp und Herold habe, prinzipiell wegen des Eingreifens in die Finanzhoheit, praktisch wegen der Notwendigkeit der Umgestaltung des ganzen einzelstaatlichen Finanzwesens. Ob es nicht erwünscht wäre, daß in allen Einzelstaaten gemeinsame Grundsätze für die Erhebung der Steuern bestünden, sei eine andere Frage. Mit den 170 Millionen schaffen Sie kein neues Geld. Wir haben Ihnen den Weg gezeigt, nun betreten Sie ihn und gehen Sie ernstlich an die Arbeit. Wir müssen es ablehnen, die Steuerschraube so übermäßig anzuziehen, daß bis zu 35 Prozent direkte Steuern erhoben werden, bei der Nachlaßsteuer über 85 Prozent aller Einwohner des Reiches frei bleiben. Die Finanzschwierigkeiten würden den Reichstag zwingen, zu einer Lösung der Steuerfrage zu kommen. (Abg. Dr. Müller-Meiningen ruft: Auflösung!) Der bayrische Bevollmächtigte erwidert: Wir denken gar nicht daran, den Reichstag aufzulösen. (Der Vorsitzende der Kommission Dr. Paasche rügt den Ausdruck des Regierungsvertreters, die Kommission möge ernstlich an die Arbeit gehen. Die Kommission habe gearbeitet. Mögen die verbündeten Regierungen andere gangbare Wege vorschlagen.) Es sprechen dann noch die Vertreter der Regierungen von Sachsen, Württemberg und Baden im Sinne des bayrischen Vertreters.

Die österreichisch-ungarische Bankfrage.

Budapest. Im parlamentarischen Bankausschusse beantragte der Berichterstatter Ludwig Hollo, das Privilegium der Oesterreichisch-Ungarischen Bank solle nicht verlängert werden, und die Regierung sei anzuweisen, dem Abgeordnetenhause baldigst einen Gesetzentwurf betr. die Errichtung einer selbständigen Bank zu unterbreiten. Ministerpräsident Wekerle bekämpfte diesen Antrag und erklärte, solange die Verhandlungen mit Oesterreich über die Bank nicht abgeschlossen seien, könne die Regierung keine parlamentarischen Weisungen annehmen. Handelsminister Kossuth sagte, er sei Anhänger der selbständigen Bank und werde, falls die Verhandlungen mit Oesterreich auf der Grundlage einer Kartellbank nicht gelingen sollten, die Errichtung einer selbständigen Bank beantragen. Er ermahne aber den Ausschuß, sich bis zum Abschluß der Verhandlungen mit Oesterreich zu gedulden. Schließlich wurde ein Vermittlungsantrag angenommen, der Präsident solle den Bankausschuß in kürzester Zeit wieder einberufen. — Die Blätter kommentieren die Vorgänge im Bankausschusse dahin, daß sie den Zwiespalt zwischen den Parteien der Koalition offenbart haben. Ein großer Teil der 48er unter Führung des Präsidenten Justh und des Abgeordneten Hollo bekämpfe die Kompromißversuche der Regierung in der Bankfrage, die von den auf der 67er Basis stehenden Mitgliedern der Koalition unterstützt würden. Die Gerüchte über den Ausbruch einer Ministerkrisis bestätigen sich nicht.

Zum österreichisch-serbischen Konflikt.

Belgrad. Gestern nachmittag erschien der russische Gesandte Sergejew beim Minister des Aeußeren

Kunst und Wissenschaft.

†* **Mitteilungen aus dem Bureau der Königl. Hoftheater.** Im Schauspielhaus wird Sonnabend, den 6. März, auf Allerhöchsten Befehl Kleists „Prinz Friedrich von Homburg" aufgeführt. Anfang 6 Uhr. — Die Generaldirektion hat die dreiaktige komische Oper „Die Dame Kobold", frei nach dem gleichnamigen Lustspiel von Calderon, mit der Musik zu „Così fan tutte" von Mozart, bearbeitet von Carl Scheidemantel, zur Aufführung für die Königliche Hofoper angenommen.

†* **Königl. Opernhaus.** In der gestrigen Vorstellung des „Freischütz" trat Herr Ludikar von der Volksoper in Wien in der Rolle des Kaspar als Bewerber um das Baßfach auf. Die äußere Erscheinung des Sängers ist stattlich und bühnenwirksam, seine Maske gut charakterisierend. Das Spiel zeugte von einem scharf eindringenden Kunstverstand, allerdings überwucherte gelegentlich das Berechnende und Ausgeklügelte, wodurch manches an unmittelbarer Frische verloren ging. Ob der Sänger für eine allenfallsige dauernde Verpflichtung an die hiesige Hofoper wirklich in Frage kommen könnte, müßte erst ein weiteres Gastspiel erweisen; denn den stimmlichen Fähigkeiten des zweifellos bühnenbegabten Sängers scheinen doch bestimmte Grenzen gezogen zu sein. Sobald sein Organ nicht Zeit hat, einen Ton sicher anzusetzen und auszuspinnen, läßt es doch recht empfindliche tonliche Fülle vermissen und reicht dann für ein großes Haus kaum aus. Auch der Umfang des Organs scheint, wenigstens nach der Höhe zu, beschränkt zu sein; sonst hätte der Sänger das Trinklied im ersten Akt nicht gleich um einen Ganzton transponieren müssen. Die Aussprache und der Dialog ließen an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die von Kapellmeister Malata geleitete Vorstellung nahm im allgemeinen einen nicht gerade poesiegeschwellten Verlauf. Eine musikalische Auffrischung würde der ganzen Oper sehr wohl bekommen, sie würde sich um so mehr verlohnen, als gerade in dieser Oper für die Hauptrollen treffliche Kräfte zur Verfügung stehen. So kann z. B. Herr Grosch den Max seinen besten Partien beizählen, auch Frau Boehm-van Enderts innigkeusche Agathe, Frau Nasts munteres Aennchen und Herrn Büssels Kuno sind in ihrer Art tüchtige Leistungen. Ungenügend war der Kilian besetzt. Das Haus war sehr schwach besucht, doch fehlte es nicht an ermunterndem Beifall. H. D.

†* **Kammermusikabend im Neustädter Kasino.** Zwei angehende junge Wiener Künstler, Richard und Walter Kirschbaum-Kerschbaumer, gaben am Dienstag im Neustädter Kasino zum Besten des unter dem Protektorate Ihrer Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Johann Georg stehenden Maria-Anna-Kinder-Hospitals einen Kammermusik-Abend, der keine allzu große Anziehungskraft ausgeübt hatte. Auf dem Programm standen Sonaten für Violine und Klavier von Beethoven, Brahms, sowie Norens E-Moll-Suite, Op. 16, die uns in hoher Vollendung erstmalig die Herren Bärtich und Bachmann in einem der Aufführungsabende des Tonkünstlervereins vorführten. In künstlerischer Hinsicht erfüllte das Wohltätigkeitskonzert kaum die gehegten Erwartungen. In seinen Leistungen stand das Künstlerpaar nicht auf gleicher Linie. Als der technisch reifere Musiker erwies sich der Pianist, der ziemlich handfest zugriff und seinen Part mit lobenswerter Sicherheit zu Ende brachte. Kleine Uebereilungen und Unsauberkeiten, die im Eifer des Gefechts nicht ausblieben, kann man als verzeihlich hinstellen. Die Entwicklung des Gesangstones zeigte sich nicht auf wünschenswerter Höhe, deshalb blieben namentlich die getragenen Sätze arm an Gefühlswerten. In seinen Leistungen schwächer erschien der Violinist, dessen Können nur teilweise künstlerische Reife bekundete. In der Beethoven-Sonate, Es-Dur, Op. 12, 3, war die Tongebung eine so dürftige und reizlose, daß der Geiger bei weitem nicht mit dem konkurrieren konnte, was der klangvolle Blüthner an Tonpracht hergab. Das wunderschöne C-Dur-Adagio blieb ohne Vertiefung. Am besten gelang das Rondo, überquellend von Leben und Empfindung. Die Ungeschicklichkeit des Umwenders wäre beinahe die Ursache zu größerem Unglück geworden. Auch mit der Wiedergabe der A-Dur-Sonate, Op. 100, von Brahms vermochten die beiden Instrumentalisten nicht zu fesseln. Da fehlte es an Poesie in der Ausgestaltung; man kam nicht zu jener glückschwelgenden Innigkeit, die dem Wunderwerke das Gepräge gibt. Wie kalt ließ beispielsweise das Andante tranquillo in D-Dur mit seinen farbechten Stimmungen. Der Abend blieb arm an künstlerischen Eindrücken; nirgends wurde die Gleichgewichtslage der Seele gestört. In engen Grenzen hielt sich auch der Beifall. In bezug auf Kammermusikdarbietungen sind wir Dresdner verwöhnt. Die Vollkommenheit der Leistungen sollte namentlich dann oberstes Gesetz bleiben, wenn es sich um Wohltätigkeitsveranstaltungen handelt. Für opferwillige Geber ist nur das Beste gut genug. E. P.

†* Im hiesigen Vereinshause hat am vergangenen Sonntag der **Dresdner Lokalverband der Deutschen Bühnengenossenschaft** eine Protestversammlung abgehalten, über welche die „Voss. Ztg." folgendes zu berichten weiß: Mehr als 240 Schauspieler hatten sich eingefunden. Beachtenswerterweise haben sich die hervorragendsten Angehörigen der Hoftheater kampfbereit an die Spitze der Schauspieler gestellt. Die Ausführungen des Königlich Sächsischen Hofkammersängers Scheidemantel entfesselten einen minutenlangen stürmischen Beifall. „Wir stehen nicht hier, um für uns persönlich zu kämpfen", rief Herr Scheidemantel, „aber wir kämpfen für die vielen Kollegen in der Provinz an den kleinen Theatern, für deren Witwen und Waisen!" — Hofschauspieler Wiecke leitete die Versammlung. Er teilte mit, daß, nachdem der Bühnenverein es abgelehnt habe, weiterhin die der Bühnengenossenschaft zufließenden Mitgliederbeiträge von den Gagen abzuziehen, hiesige Banken sich bereit erklärt hätten, die Einkassierung zu übernehmen. Da ferner fortan die Versammlungen der Bühnengenossenschaft nicht mehr in den Räumen der Hofoper stattfinden dürfen, habe Hoteldirektor Sendig (Europäischer Hof) einen besonderen Versammlungsraum zur Verfügung gestellt. Das diesjährige Fest der Genossenschaft werde indessen wie bisher stattfinden, da Graf Seebach hierzu schon im vorigen Jahre die Genehmigung erteilt habe und sie jetzt nicht mehr zurück-

SLUB Wir führen Wissen.